

DIE LINKE. Gladbeck
Kommunalwahlprogramm

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 16.06.2009

Soziale und ökologische Politik

Neue Kraft für Gladbeck

Für soziale Gerechtigkeit vor Ort!

DIE LINKE. Gladbeck steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren neoliberaler Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Arm und Reich, in „Besserverdienende“ und in Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Bürgerinnen und Bürger muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Wir – DIE LINKE – treten deshalb für die Durchsetzung der folgenden politischen Ziele zu den Kommunalwahlen in Gladbeck an.

Soziale Politik für Familien!

Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Über 42% der Gladbecker Familien gelten als arm oder armutsnah. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Arbeitnehmer mit Kindern erhalten fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Bei Familien mit drei Kindern ist mehr als jede Dritte armutsgefährdet. Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Armut raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen, auch weil das bestehende deutsche Schulsystem zu den selektivsten der Welt zählt. Zugang zu höherer Bildung und Bildungserfolg hängen in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab. Für DIE LINKE gehören zu einer gezielten Arbeitsmarkt- und Familienpolitik auch stärkere Anstrengungen zur Verbesserung der Kinderbetreuung und der Sensibilisierung von Vätern für die Mitverantwortung bei der Familienarbeit.

In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) führt in eine völlig falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen. Personal und Finanzmittel sollten für die Förderung der Kinder genutzt werden, anstatt für zweifelhafte Tests und Verwaltungsaufwand.

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass unser mehrgliedriges Schulsystem im internationalen Vergleich schlecht abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. In erschreckend hohem Maße sind auch in NRW Kinder aus bildungsfernen Schichten und Migrantenkinder betroffen. Für ein Viertel dieser Kinder schafft unser Schulsystem nicht die notwendigen Startbedingungen für den Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Diese Kinder werden aufgegeben. Statt Sitzenbleiben und Bewertung über Kopfnoten sollten die Kinder ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit kein Kind ohne Schulabschluss die Schule verlässt. Für die Lernbedingungen an den Schulen ist die Stadt verantwortlich. Der Zustand nicht weniger Gladbecker Schulen ist besonders im Vergleich mit anderen städtischen Einrichtungen nicht mehr hinnehmbar. Das ist Sparsamkeit am falschen Ort, ausgerechnet bei Kindern.

Kinder und Jugendliche haben, wie Erwachsene, die Grundrechte auf Gleichstellung und Teilhabe. Sie sind aktiv und können eigenständig und verantwortlich handeln. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen seit Jahren vernachlässigt. Kinder und Jugendliche brauchen jedoch Freiräume ohne Kontrolle, sie sind auch Hauptnutzer von Spiel- und Sportplätzen. Kinder und Jugendliche brauchen Einrichtungen, die sauber und hygienisch und in einem baulich guten Zustand sind. Die technische Ausstattung muss dringend auf den aktuellen Stand gebracht werden. Durch rechtliche

Vorgaben, zeitliche Einschränkungen oder zu große Entfernungen werden Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeitgestaltung behindert.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ **Gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr,**
- ◀ **die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Kommune über den KiBiZ-Schlüssel hinaus,**
- ◀ **die Schaffung flächendeckender Angebote der Ganztagskinderbetreuung, Grundschulen mit festen Öffnungszeiten sowie Ganztagschulen,**
- ◀ **eine Gesamtschule für den Gladbecker Süden,**
- ◀ **die kostenlose Erstausrüstung für alle Schulanfänger,**
- ◀ **Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in Schulen und Betreuungseinrichtungen,**
- ◀ **die Schaffung einer städtisch geförderten Jugendfreizeiteinrichtung in jedem Stadtteil mit bedarfsgerechten Angeboten und Öffnungszeiten,**
- ◀ **regelmäßige Erstellung eines kommunalen Sozialberichts (Armuts- und Reichtumsberichts).**

Die unsozialen Folgen von Hartz IV bekämpfen!

Durch die sog. HARTZ-Gesetze wurde Deutschland zum Niedriglohnland. Aus Sorge vor dem Absturz in Hartz IV werden viele schlechter bezahlte und weniger abgesicherte Tätigkeiten angenommen. So entsteht ein ungeheurer Druck auf die Löhne, die Arbeitszeiten und die betrieblichen Rechte.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen Wege in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle Beschäftigung. Statt mit öffentlichen Subventionen die Unternehmensprofite zu steigern, müssen gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gefördert werden.

Deswegen sagt DIE LINKE klar: HARTZ IV muss weg!

Da dies jedoch eine bundespolitische Entscheidung ist, werden wir unseren Einfluss geltend machen um, eine soziale Arbeitsverwaltung in Gladbeck zu erreichen. Hartz IV ist Armut per Gesetz! Die Praxis der Bewilligung von Arbeitslosengeld II ist eine systematische Demütigung von Menschen, die erwerbslos sind. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosengeld II Bescheide sind rechtswidrig. Das sagt alles.

Wir sind dafür, Fördermaßnahmen für Unternehmen – sowohl Zuschüsse als auch Maßnahmen der Infrastruktur – an harte, bei Verstoß einklagbare Auflagen zur Beschäftigung zu binden. Die Erfahrungen mit Nokia in Bochum machen diese Forderung besonders dringlich. Für kleine und mittlere Betriebe müssen die Fördermöglichkeiten transparent und überschaubar gemacht werden.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ **Stop der Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger/innen,**
- ◀ **die Schaffung öffentlich geförderter, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs,**
- ◀ **Aufbau von öffentlich finanzierten Hartz IV- und Sozialberatungsstellen.**

Mehr Frauenrechte in der Kommunalpolitik

DIE LINKE in Gladbeck betrachtet jedes Politikfeld auch unter dem Merkmal der Geschlechtergerechtigkeit und unterstützt den vielfältigen und andauernden Kampf der Frauen um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit.

Wir fordern arbeitsmarktintegrative Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen unter besonderer Berücksichtigung von älteren und alleinerziehenden Frauen. Wir wollen mehr Teilzeitausbildungsverhältnisse, um die Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Wir fordern konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte Frauen sowie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an Mädchen und junge Frauen. Wir wollen Frauen in Führungspositionen der Stadtverwaltung. Die nächste freiwerdende Dezernentenstelle soll durch eine Frau besetzt werden. Jede freiwerdende Amtsleiterstelle soll durch eine Frau besetzt werden, bis eine Parität erreicht ist.

Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe

Wir wollen, dass Frauen und Mädchen vor Gewalt in jeglicher Form geschützt werden. Hierbei muss die Stadt Frauen und Mädchen auf vielfältige Weise unterstützen. Wir fordern in Gladbeck die Stärkung, Erweiterung und Finanzierung der bisherigen Hilfeangebote (Frauenberatungsstelle, Frauennotruf, Mädchenzentrum etc.). Die Angebote an Schulen zum Thema sexueller Missbrauch müssen gesichert und ausgebaut werden. In Kooperation mit Schulen ist Mädchen und Frauen ein Angebot von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen zu machen. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum für Frauen und Mädchen muss mit mehr Frauenparkplätzen und beleuchteten Wegen gewährleistet werden.

Trotz Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes wurde häusliche Gewalt nicht geringer. Es fehlen ein professionelles Therapieprogramm für Täter und ausreichende Betreuungsangebote für die Opfer. Neue Rollenmuster müssen schon im Kindergarten eingeübt werden. Gerade auch Frauen und Mädchen aus Einwandererfamilien gilt unsere Solidarität. Deshalb fordern wir die verstärkte Förderung von Projekten für Migrantinnen (z. B. Sprachkurse für Frauen, Rechtsberatung, berufliche Unterstützung).

DIE LINKE kritisiert, dass Frauenhäuser bis heute keine finanzielle Absicherung haben. Hier steht vor allem das Land, aber auch die Stadt Gladbeck in der Pflicht. Es ist skandalös, dass Gewaltopfern in Gladbeck keine niederschwellige Zufluchtsmöglichkeit in einem Frauenhaus geboten werden kann. Schutz vor Gewalt an Frauen und Kindern darf nicht an den Kosten scheitern!

Die Linke. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ **Eine gesicherte Finanzierung der Frauen- und Mädchenförderung in Gladbeck,**
- ◀ **gezielte Arbeitsmarktprogramme für Alleinerziehende,**
- ◀ **Schutzprogramme gegen körperliche und sexuelle Gewalt,**
- ◀ **eine Stärkung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Sicherstellung der materiellen Grundlagen ihrer Arbeit.**

Für eine soziale und ökologische Stadt

Für DIE LINKE. Gladbeck gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung in einem lebenswerten städtischen Umfeld. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik.

Ziel einer modernen Stadtentwicklung muss eine lebendige Stadt für alle sein. Das bedeutet, dass Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müssen. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die schon jetzt gravierenden Schädigungen im sozialen Bereich und den noch vorhandenen ökologischen Strukturen in unserer Stadt umzukehren. Für uns als LINKE steht im Zweifelsfall Ökologie vor Ökonomie. Ziel muss es sein, schädliche Auswirkungen nicht nur zu verhindern, sondern auch, in der Vergangenheit begangene Fehler zu korrigieren. Derzeit werden immer wieder Wohnquartiere mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben und zum Objekt von Spekulantentum und Kapitalinteresse. DIE LINKE gibt der Sanierung von bestehenden Wohnbaustrukturen eindeutig den Vorzug vor Neubaumaßnahmen.

Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, hierzu gehören auch Stadteilunterzentren, in denen die Bürger ihren täglichen Bedarf decken können. DIE LINKE setzt sich auch für eine stärkere Beteiligung von Frauen bei Planungsverfahren ein. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der Stadt sollen Frauen aufgefordert werden, ihre Anforderungen an die Stadtplanung einzubringen. Wir wollen keine Angsträume mehr in Gladbeck, wie es die Tunnel nach Gladbeck-Ost sind.

DIE LINKE. Gladbeck fordert:

- ◀ **Mehr Transparenz in der städtischen Wohnungsgesellschaft GWG,**
- ◀ **bezahlbaren Wohnraum für alle,**
- ◀ **Beseitigung von städtebaulichen „Schandflecken“,**
- ◀ **mehr Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet,**
- ◀ **ein Konzept zur Wiederbelebung von Innenstadt und Marktplatz,**

- ◀ **Vorrang von Sanierungen der Bestandsgebäude vor Neubaumaßnahmen angesichts zurückgehender Einwohnerzahlen,**
- ◀ **Stadtteilzentren zur ortsnahen Versorgung der Bürger,**
- ◀ **Aufbau einer Verbraucherberatungsstelle,**
- ◀ **eine konsequente Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung,**
- ◀ **sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten des Gesundheitsamtes und des ehemaligen Finanzamtes.**

DIE LINKE zum geplanten Bau der A 52

Der geplante Ausbau der A52 ist kein Geschenk an unsere Stadt, sondern eine Zumutung, die uns von außen aufgezwungen wird. Unsere Nachbarstädte wünschen sich einen besseren Zugang über die B224 zur A2. Wir Gladbecker sind dabei offenbar nur ein Störfaktor, der diesem Projekt im Wege steht.

Die teiloffene Galerielösung verursacht nach den Prognosen unserer städtischen Gutachter extrem hohe Luftbelastungen, auch der Lärmschutz ist unzureichend und die Teilung der Stadt wird zementiert. Daher lehnen wir jeden offenen Ausbau der B224 zur A52 als Galerie oder mit nur kurzen Tunnelabschnitten durch den innerstädtischen Bereich ab.

Auch ein durchgehender Tunnel zum Immissionsschutz wäre nur dann sinnvoll, wenn er das gesamte innenstadtnahe Siedlungsgebiet schützt. Das heißt, die Tunnelportale müssten außerhalb der Wohngebiete liegen. Solch ein langer Tunnel durch die Innenstadt wird aber nach den offiziellen Veröffentlichungen weder vom Bund noch vom Land bezahlt. Es kommt also mit hoher Sicherheit nicht zu einem ausreichenden Tunnel, denn Gladbeck kann solch ein Bauwerk erst recht nicht finanzieren.

Es gibt Forderungen des Stadtrates zum Ausbau, über die mit Land und Bund verhandelt werden soll. Der Rat hat es jedoch konkret abgelehnt, den Ausbau durch Gladbeck für den Fall zu verweigern, dass unsere Interessen nicht ausreichend erfüllt werden. Da also die großen Parteien „Forderungen“ nur locker aufstellen, indem sie keinerlei Konsequenzen bei Nichterfüllung ankündigen, handeln sie entweder völlig verantwortungslos oder wollen ganz bewusst den Tunnel nicht, auch wenn sie sich noch so oft öffentlich, aber eben unverbindlich, dafür aussprechen.

Jeder Ausbau der vorhandenen Trasse führt über die Bauzeit von ca. 7 Jahren durch den immensen Umleitungsverkehr zum permanenten Verkehrskollaps. Sollte ein Ausbau in Galeriebauweise oder als kurzer Tunnel erfolgen, wäre der Schaden für Mensch und Umwelt größer als bei der Umgehung durch die Heege.

Unter diesen Bedingungen ist eine Umgehung der Innenstadt die für Bürger und Umwelt am wenigsten schädliche Variante. Eine umweltverträgliche Führung der A52 durch die Heege, in Verbindung mit Schallschutzoptimierung der A2 in Brauck/Butendorf, bietet die meisten Möglichkeiten für positive Veränderungen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ **Einen landschaftsverträglichen Bau der A52 durch die Heege,**
- ◀ **optimalen Lärmschutz an der A2 in Brauck/Butendorf durch eine Lärmschutzeinhausung der A2,**
- ◀ **den Schutz Wittringens gegen den Lärm des Autobahnkreuzes,**
- ◀ **den Erhalt der direkten Anbindung des Gewerbeparks Brauck und der Stadtteile Brauck und Butendorf an die A2,**
- ◀ **den abschließenden Rückbau der jetzigen B224 zu einer sympathischen städtischen Allee.**

Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen - Aufgaben rekommunalisieren!

Mit der Parole „Privat vor Staat“ betreiben CDU und FDP gezielt eine verhängnisvolle Politik, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit der Kommunen führt. Die Bürger/innen werden ihres kommunalen Eigentums beraubt, damit Privatunternehmen und Private sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung. Privatisierte Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Wir – die Bürgerinnen und Bürger – zahlen die Zeche.

Wo eine Privatisierung nicht möglich war, z.B. bei Polizei und Finanzverwaltung, wird von der CDU und FDP Landesregierung Personal abgebaut und ganze Ämter werden geschlossen, so auch in Gladbeck.

DIE LINKE. Gladbeck will eine Stärkung des ortsnahen, bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Der Personalabbau in den Verwaltungen und die Schließung von Ämtern sind zu stoppen. Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen führen zu Leistungseinschränkungen für die Bürger, deshalb lehnen wir dies ab. Ebenso die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tariffucht in Billiglohn-Gesellschaften.

DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen öffentlichen Beschäftigungs- und Ausbildungssektors. Die für eine Stadt notwendige Infrastruktur – Polizei, Finanzverwaltung, Rettungsdienst, Feuerwehr und ortsnahe Verwaltungsstellen – sind in den letzten Jahren verschlechtert worden. Das möchten wir wieder ändern. Die Kommunen benötigen dazu ein aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

DIE LINKE. Gladbeck fordert:

- ◀ **Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben,**
- ◀ **weiterhin Widerstand gegen Bestrebungen zur Privatisierung der Sparkassen,**
- ◀ **Einführung einer Anlaufstelle im Finanz- und Steuerwesen,**
- ◀ **Rekommunalisierung ausgegliederter Aufgaben,**

- ◀ **ortsnahe und ausreichende Präsenz von Polizei,**
- ◀ **Rückverlagerung der Leitstellen von Polizei-, Feuerwehr- und Rettungsdiensten nach Gladbeck,**
- ◀ **keine weiteren PPP-Projekte**

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

Die Verteuerung der Energie- und Benzinpreise erfordert einen Ausbau der Verbindungen und der Takte im öffentlichen Nahverkehr. Das Gegenteil dessen ist geschehen.

Der motorisierte Individualverkehr – das Auto – ist die umweltschädlichste Art der Mobilität. Umweltzonen und Feinstaubverbote sind der Beleg dafür, dass ein flächendeckender Umstieg auf öffentlichen Personennahverkehr erfolgen müsste. Dieser Umstieg kann nur funktionieren, wenn ein gut funktionierendes Bus- und Bahnsystem zur Verfügung steht.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ **Kürzer und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen,**
- ◀ **ein engmaschiges Streckennetz,**
- ◀ **behindertengerechte Bahnhöfe und Bushaltestellen,**
- ◀ **sinnvollere Anbindungen an die Netze der Nachbarstädte,**
- ◀ **ein Sozialticket für Bus und Bahn,**
- ◀ **seniorengerechte Einrichtung von Bus und Bahn.**

Miteinander leben!

Auch wenn viele das noch immer nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist ein Zuwanderland! Dieser Tatsache muss die Politik endlich Rechnung tragen und vorsorgend aktiv werden. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen, nationalen oder der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Sprache, der Religionszugehörigkeit oder politischen Überzeugung muss präventiv und aktiv entgegengewirkt werden. DIE LINKE sieht die Integration dieser Menschen als große Aufgabe, die mit aller Priorität wahrgenommen wird. Ebenso steht sie für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben.

Gladbeck wird zunehmend Aktionsgebiet für die neuen Nazis. Rassismus und Faschismus sind keine tolerierbaren Meinungen sondern Verbrechen. Wir werden uns für die umfassende Information über die Verbrechen der alten und neuen Nazis einsetzen und unterstützen deswegen den Aufbau einer Informations- und Beratungsstelle gegen Rechts.

Das Zusammenleben der Kulturen in den Stadtteilen muss gestärkt werden. Kulturelle und künstlerische Projekte stärken Identität und Selbstvertrauen. Interkultureller und interreligiöser Dialog fördert den Abbau von Vorurteilen und Ängsten. Dazu bedarf es konkreter Projekte vor Ort (z.B. Stadtteilbüros, Stadtteilfeste, stadtteilorientierte Jugendarbeit). Durch sportliche und soziale

Aktivitäten können Vorurteile überwunden und gegenseitige Akzeptanz aufgebaut werden. Das können, mit Unterstützung aus Politik und Migrantenverbänden, auch Vereine und soziale Einrichtungen leisten. Wichtig sind Ansprechpartner vor Ort, z.B. Stadtteilmütter, sowie in den Behörden und in der Verwaltung. Dazu bedarf es der Einstellung von Migranten als Mitarbeiter der Verwaltung, in Krankenhäusern und bei der Polizei. Sie helfen Sprach- und Kulturbarrieren zu überwinden, haben Vorbildfunktion und fördern das Miteinander. Es müssen Konzepte erarbeitet werden, die eine Ghettobildung in städtischen Brennpunkten verhindern.

Deshalb fordern wir:

- ◀ **Bekämpfung jeder Art von Diskriminierung!**
- ◀ **Eine faire Asylpraxis, die auf Integration setzt und nicht von Abschiebung geprägt ist!**
- ◀ **Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit!**
- ◀ **Individuelle verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung!**
- ◀ **Dem Rassismus keine Chance!**
- ◀ **Einführung eines Integrationsrates,**
- ◀ **einen Integrationsbeauftragten in der Verwaltung,**
- ◀ **Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft!**

Global denken - lokal handeln!

Deutschland ist EU - weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid, Schwermetalle und beeinträchtigen damit Gesundheit und Wohlergehen. Kohle bestimmt in Nordrhein-Westfalen drei Viertel der Stromversorgung. Mindestens 10 neue Kraftwerke sind im Bau oder in Planung. Diese sollen vor allem eines sichern: die Profite von RWE und E.ON.

Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes für die Raumheizung eingespart werden.

Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden. Hierbei muss vor allem die Kraft-Wärmekoppelung genutzt werden. Denn diese arbeitet energiesparend, weil auch Abwärme genutzt und so ein hoher Nutzungsgrad erreicht wird. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien, bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft.

DIE LINKE. Gladbeck tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder sich dagegen schützen können.

Unsere Stadt ist allerdings auch der Lebensraum der Menschen. Vielfältiges städtisches Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, möglichst großräumige Landschaft- und Naturschutzgebiete und natürliche Bäche bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt. Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Durch die Selbstverpflichtung der Kommunen zur Beteiligung der Naturschutzverbände im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte vermieden werden.

DIE LINKE. Gladbeck unterstützt außerdem die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE. Gladbeck tritt ein für:

- ◀ **Die Nutzung des erheblichen Ausbaupotentials an Fernwärme, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von über 50 %,**
- ◀ **die zwingende Einbeziehung von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen bei Neubauten,**
- ◀ **ein kommunales Förderprogramm zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes,**
- ◀ **für Energiesparpläne bei städtischen Behörden und anderen öffentliche Unternehmen,**
- ◀ **eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt durch die Einführung einer Umweltzone,**
- ◀ **Unterstützung der Naturschutzverbände,**
- ◀ **Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen.**

Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht.

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Das selbst bestimmte Leben im Alter ist für Seniorinnen und Senioren ein unteilbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Im Zentrum unseres Engagements stehen insbesondere die Seniorinnen und Senioren, die infolge des neoliberalen Kurses der Politik zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen die Hilfe und Unterstützung des Gemeinwesens benötigen. Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Stadtrat, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern und Verschlechterung der medizinischen Versorgung). Hierbei

muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung von Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE. Gladbeck unterstützt:

- ◀ **Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld!**
- ◀ **Einen Seniorentreffpunkt in erreichbarer Nähe!**
- ◀ **Ehrenamt, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik.**
- ◀ **Bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen,**
- ◀ **Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften,**
- ◀ **Förderung von Wohnprojekten, in denen generationsübergreifendes Wohnen möglich ist.**

Transparenz in Politik und Verwaltung

Die Freiheit einer Gesellschaft misst sich auch daran, wie groß die Mitgestaltungsmöglichkeiten für jedermann sind. In den Kommunen liegen die größten Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement und aktives Mitgestalten. Hier findet sich die Chance einer intensiven Kommunikation zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern.

Instrumente der direkten Demokratie, Partizipation und Transparenz können gerade hier eng miteinander verkoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Die Gesellschaft mitgestalten, politische Entscheidungen beeinflussen – dies kann für Bürgerinnen und Bürger nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen für sie durchschaubar sind.

DIE LINKE sieht eine Möglichkeit für den Abbau von Demokratiedefiziten in der Rechenschaftspflicht der vom Stadtrat in die verschiedensten Gremien entsandten Ratsmitglieder. Diese Entsendungen müssen an konkrete politische Aufgabenstellungen geknüpft werden.

Die Sitzungen des Stadtrates und aller Ausschüsse haben, soweit nicht Datenschutzbestimmungen dieses verhindern, in öffentlicher Sitzung zu erfolgen. Es ist nicht einzusehen, warum den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten werden soll, wie mit ihrem Geld umgegangen wird.

DIE LINKE. Gladbeck fordert:

- ◀ **Politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse für die Teilnahme der Bevölkerung öffnen.**
- ◀ **Rechenschaftspflicht für entsandte Ratsmitglieder!**
- ◀ **Mehr Transparenz in den Sitzungen des Rates und aller Ausschüsse!**

DIE LINKE bringt neue Perspektiven in die Politik

DIE LINKE ist eine neue politische Kraft. Gleichwohl ist sie nicht geschichtslos. In Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland, das wie kaum ein anderes von der Arbeit geprägt wurde, stellt sie sich bewusst in die Tradition der linken Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Das Erbe der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Widerstandskämpfer bewahren wir, indem wir uns gegen jede Form von Faschismus und Rassismus stellen.

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ergreift Partei für abhängig Beschäftigte, Handwerksbetriebe, Händler und andere Selbständige, Erwerbslose, Rentner und Rentnerinnen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Geschlecht, Alter, Pass, Hautfarbe oder Gesundheitszustand.

DIE LINKE ist Partei aller Bürgerinnen und Bürger. Sie versteht sich Vorreiter einer neuen Gerechtigkeit, in der die Aufteilung des gesellschaftlichen Reichtums an alle Bürger – Junge und Alte, Arme und Reiche, Frauen und Männer – angemessen verwirklicht wird. Ihre Mitglieder engagieren sich für kommunale Belange und den Ausbau der Demokratie vor Ort.

DIE LINKE hat die Politik auf Bundesebene bereits verändert. Sie wird auch die Politik auf kommunaler Ebene verändern. Helfen Sie mit bei dieser Veränderung.

Ihre Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale und ökologische Stadtpolitik und den Ausbau der Demokratie vor Ort.